

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuss**

129. Sitzung

am Donnerstag, dem 22. April 2004, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 138 des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Ursula Kähler (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Wolfgang Fuß (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Hans-Jörn Arp (CDU)

Klaus Klinckhamer (CDU)

Dr. Heiner Garg (FDP)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

i. V. von Holger Astrup

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

**Fehlende Abgeordnete**

Berndt Steincke (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenlegung der „Energienstiftung Schleswig-Holstein“ mit der „Technologiestiftung Schleswig-Holstein“ zur „Innovationsstiftung Schleswig-Holstein“</b>	<b>4</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 15/3133	
<b>2. Zukunft der Investitionsbank</b>	<b>5</b>
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 15/4286	
<b>3. Internatsschule für Hörgeschädigte</b>	<b>6</b>
Vorlage des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz Umdruck 15/4284	
<b>4. Entwurf einer Terminplanung für das zweite Halbjahr 2004</b>	<b>7</b>
Umdruck 15/4375 (neu)	
<b>5. Information/Kenntnisnahme</b>	<b>8</b>
Umdruck 15/4287 - Bemerkungen 2003 des Landesrechnungshofs Umdruck 15/4383 - Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit Umdruck 15/4384 - Haushaltsreste Umdruck 15/4385 - Baumaßnahmen Umdruck 15/4391 - Auskunftserteilung durch den Landesrechnungshof Umdruck 15/4416 - über- und außerplanmäßige Ausgaben	
<b>6. Verschiedenes</b>	<b>10</b>

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes über die Zusammenlegung der „Energienstiftung Schleswig-Holstein“ mit der „Technologiestiftung Schleswig-Holstein“ zur „Innovationsstiftung Schleswig-Holstein“**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 15/3133

(überwiesen am 22. Januar 2004 an den **Wirtschaftsausschuss**, den Finanzausschuss, den Bildungsausschuss und den Umweltausschuss)

hierzu: Umdrucke 15/4311, 15/4318, 15/4397 bis 15/4399, 15/4401

Ohne weitere vertiefte Aussprache kommt der Ausschuss überein, angesichts eines erwarteten interfraktionell getragenen Änderungsantrages von einer Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf gegenüber dem federführenden Wirtschaftsausschuss zu verzichten.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **Zukunft der Investitionsbank**

Vorlage des Finanzministeriums  
Umdruck 15/4286

Auf Fragen von Abg. Arp erwidert St Döring zunächst zur Kooperation der IB mit der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt, dass Hamburg inzwischen ein konkretes Angebot gemacht worden sei und dass in wenigen Wochen eine gemeinsame Präsentation in Hamburg stattfinden werde. Er, St Döring, hoffe, dass man jetzt nach der Wahl in Hamburg mit dem neuen Senat schnell miteinander ins Gespräch kommen werde und dass man noch vor der Sommerpause dem Finanzausschuss detaillierter berichten könne. Bekanntlich reiche das Spektrum von der Kooperation in einzelnen Bereichen bis hin zu einer Fusion der IB mit der WK Hamburg.

Bezüglich der Übernahme der Beteiligung an der Lottogesellschaft sei zu berichten - so fährt St Döring fort -, dass man sich diesbezüglich in Gesprächen und Verhandlungen befinde. Hier gebe es noch eine Reihe von Punkten, die zunächst der Klärung bedürften; dazu gehöre auch die Frage, wie das Vorhaben in das Gesamtkonzept nach der so genannten Verständigung II passe. Diese Frage werde zurzeit mit Berlin und Brüssel geklärt und man hoffe, dass im Mai eine Kabinettsbefassung mit diesem Thema möglich sein werde, sodass bei positivem Verlauf noch vor der Sommerpause eine Parlamentsvorlage möglich sein werde.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage Umdruck 15/4286 zur Kenntnis und bittet die Vertreter des MF um weitere Informationen je nach Gesprächs- und Ergebnisverlauf. - St Döring sagt das zu.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Internatsschule für Hörgeschädigte**

Vorlage des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz  
Umdruck 15/4284

Abg. Neugebauer vermisst in der Vorlage Äußerungen über die Ursachen der in einigen Bereichen rückläufigen Schülerzahlen sowie zu daraus mit Blick auf den Haushalt dieser Einrichtung beabsichtigten Konsequenzen.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, verweist hierzu zunächst grundsätzlich auf die durchgeführte Informationsveranstaltung zur Einführung moderner Steuerungsinstrumente, Kosten-/Leistungsrechnung - und bemerkt auch an dieser Stelle noch einmal kritisch, dass leider festzustellen gewesen sei, dass hieran fast ausschließlich nur die Mitglieder des Finanzausschusses teilgenommen hätten. Sie betont das Erfordernis der Begleitung der outputorientierten Budgetierung durch die Fachausschüsse.

Einvernehmlich weisen die Finanzausschussmitglieder nach kurzer Diskussion die Vorlage Umdruck 15/4284 mit der Bitte an die Landesregierung zurück, sowohl Erläuterungen zu dem teilweise überdurchschnittlichen Rückgang der Schülerzahlen sowie zu aus dem Ergebnis der Kosten-/Leistungsrechnung abzuleitenden Maßnahmen im Personal- und Sachmittelbereich der Internatsschule. Nach Vorliegen dieser erbetenen weiteren schriftlichen Erläuterungen wird sich der Finanzausschuss erneut mit der Thematik befassen und gegebenenfalls den Sozialausschuss bitten, den Konsequenzen aus dem Ergebnis der Kosten-/Leistungsrechnung nachzugehen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Entwurf einer Terminplanung für das zweite Halbjahr 2004**

Umdruck 15/4375 (neu)

Der Terminplan wird vom Ausschuss gebilligt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Information/Kennntnisnahme**

Umdruck 15/4287 - Bemerkungen 2003 des Landesrechnungshofs

Umdruck 15/4383 - Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit

Umdruck 15/4384 - Haushaltsreste

Umdruck 15/4385 - Baumaßnahmen

Umdruck 15/4391 - Auskunftserteilung durch den Landesrechnungshof

Umdruck 15/4416 - über- und außerplanmäßige Ausgaben

**Umdruck 15/4287 - Bemerkungen 2003 des Landesrechnungshofs:** Der Ausschuss überweist die Vorlage an die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“. Unabhängig davon bittet Abg. Neugebauer bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses um eine Darstellung des aktuellen Standes der Umsetzung des Professorenbesoldungsgesetzes. - St Döring erklärt, er werde diese Bitte von Abg. Neugebauer an das MBWFK weiterleiten.

**Umdruck 15/4383 - Landesamt für Gesundheit und Arbeitssicherheit:** Die Vorlage wird vom Finanzausschuss zur Kenntnis genommen und auf Wunsch von Abg. Heinold werden Finanzausschuss und Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ über das Ergebnis der Überprüfung der Wirksamkeit der im zweiten Quartal 2004 eingeleiteten Maßnahmen informiert werden.

Die **Umdrucke 15/4384**, Haushaltsreste, und **15/4385**, Baumaßnahmen, werden ohne weitere Aussprache vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

**Umdruck 15/4391 - Auskunftserteilung durch den Landesrechnungshof:** MDgt Pätschke erklärt, dass Abg. Heinold mit ihren am 26. Februar 2004 gestellten Fragen grundsätzlich das Problem für den LRH aufgeworfen habe, ob Landtagsabgeordnete im Laufe eines Jahres einzelne Fragen zu den Haushaltsstellen des LRH aufwerfen könnten, also über das durch die LHO formal vorgegebene Verfahren bezüglich der jährlichen Prüfung der Haushaltsrechnung durch den Finanzausschuss beziehungsweise die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ hinaus. Hierzu sei zu sagen, dass diesbezüglich alle Rechnungshöfe bundesweit sehr restriktiv seien, weil es nie zu verhindern sei, dass ein solches Auskunftsbegehren sozusagen mit einem falschen Motiv erfolgen könne. Deshalb sei auch über die Landesverfassung geregelt, dass der LRH im laufenden Geschäft nicht „angefasst“ werden könne. Aber selbstverständlich könne bei der jährlichen Prüfung der Mittelverwendung jede Frage konkret gestellt werden, die dann auch eine entsprechende Antwort erfahre.

Abg. Arp erklärt, dass die Unabhängigkeit des LRH gewahrt bleiben müsse und dass sie in Gefahr gerate, wenn der Landtag in Einzelprüfungstätigkeiten des LRH eingreifen könne. - Abg. Dr. Garg schließt sich dieser Auffassung grundsätzlich an. - Abg. Fuß betont, dass niemand die Unabhängigkeit des Landesrechnungshofs infrage stelle, sondern dass es ausschließlich um die Frage der Vereinbarkeit einer gesetzlichen Auskunftspflicht über den Verwendungszweck einzelner im Haushalt des LRH vorgesehener Mittel gehe.

Abg. Heinold resümiert, dass es ihr um die Frage gehe, ob man wolle, dass wie bisher nur die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ wissen dürften, wofür die Mittel des LRH ausgegeben würden, oder ob man beispielsweise wolle, dass der Finanzausschuss - hier gehe es gar nicht um einzelne Abgeordnete - an bestimmten Stellen auch im Laufe eines Jahres ein Recht auf Auskunft habe. So wie das Verfahren jetzt sei, räume man ja dem LRH eine absolute Sonderstellung ein; denn selbst dann, wenn die Mitglieder der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ bei der Prüfung feststellten, irgendetwas sei nicht so, wie man sich das vorstelle, dürften sie wegen der Vertraulichkeit darüber nicht reden.

Der Ausschuss nimmt den Umdruck 15/4391 zur Kenntnis und behält sich eine erneute Befassung mit diesem Thema im Rahmen der Beratungen der Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ zu gegebener Zeit vor.

**Umdruck 15/4416 - über- und außerplanmäßige Ausgaben:** Der Umdruck wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Abg. Dr. Garg fragt nach der Zeitschiene für das Verfahren betreffend die **Flex-Nachfolge** für die Strecke Hamburg-Flensburg-Padborg und bittet, dem Finanzausschuss beziehungsweise dem Unterausschuss „Landesbeteiligung“ sowohl das Wertgutachten als auch das vom Wirtschaftsministerium angekündigte Rechtsgutachten zum **Komplex Provinzial** vorzulegen.

St Döring erklärt, er werde die Frage nach der Zeitschiene betr. Flex-Nachfolge an das zuständige Wirtschaftsministerium mit der Bitte weiterleiten, den vorgesehenen Beratungsablauf mitzuteilen. Ein Wertgutachten zum Komplex Provinzial sei seines Wissens nicht in Auftrag gegeben, sondern ein Rechtsgutachten. Auch die diesbezügliche Bitte von Abg. Dr. Garg werde er zuständigkeitshalber dem Wirtschaftsministerium übermitteln.

Abg. Neugebauer fragt, ob eine dpa-Meldung zutreffe, dass das Kartellamt die gemeinsame **Uniformbeschaffung für die Polizei** genehmigt habe, und möchte wissen, welche Auswirkungen dies gegebenenfalls auf den Haushalt haben könne.

St Döring berichtet, dass es eine derartige Genehmigung des Kartellamtes gebe, dass die Polizeiuniform gemeinsam beschafft werden könne. Auf den laufenden Haushalt habe dies keine Auswirkungen. Die gesamte Beschaffung laufe über Niedersachsen und das jetzige Verfahren sei in der Form gebunden, dass man erst in 2005 dazu kommen werde. Die Beschaffung erfolge im Übrigen unabhängig von der Uniformfarbe.

Abg. Arp nimmt Bezug auf eine Äußerung der Ministerpräsidentin vom gestrigen Tage, wonach es für **gemeindliche Zusammenschlüsse** finanzielle Zuschüsse geben solle. Er habe einen entsprechenden Ansatz im Haushalt nicht gefunden und bitte um Mitteilung, in welcher Größenordnung und für welche Dauer solche Zuschüsse gewährt werden sollten.

St Döring führt hierzu aus, im Haushalt seien für diesen Bereich Mittel in der Größenordnung von 1,5 Millionen € reserviert. Diese Mittel würden in Höhe von 0,5 Millionen € aus dem KIF und von 1 Million € aus dem KFA zur Verfügung stehen. Nach seinen Erkenntnissen lägen bisher beim Innenministerium noch keine Anträge vor.

Daneben habe jetzt das Kabinett noch einmal beraten, wie dies im laufenden Haushalt und auch in der Zukunftsplanung weiter unterstützt werden könne. Dabei sei deutlich geworden, dass einer der Hauptpunkte die Kosten für die Infrastruktur seien, insbesondere für die IT-Infrastruktur. Für den Bereich würden jetzt als erste Maßnahme 100.000 € aus der Maßnahmengruppe E-Government bereitgestellt, die im Einzelplan 11 veranschlagt sei. Bekanntlich habe das Land mit den Kommunen eine E-Government-Vereinbarung getroffen. Im Rahmen dieser Vereinbarung könnten auch entsprechende Anträge gestellt werden, die dann über die Lenkungsgruppe „E-Government“ zu genehmigen seien. Eine gesonderte Richtlinie hierzu gebe es nicht. Für die Folgejahre seien für diesen Bereich jährlich 1 Million € vorgesehen.

Die Vorsitzende, Abg. Kähler, schließt die Sitzung um 11:30 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Manfred Neil

Protokollführer